© NZZ AG

Der innere und der äussere Osten

Die aufgeheizte Debatte über die Flüchtlingskrise des Jahres 2015 hat in Bezug auf die europäische Selbstwahrnehmung starke Verwerfungen hinterlassen. Es ist fahrlässig und fatal, wenn der Westen den Osten moralisch ausgrenzt. Die symbolische Teilung des Kontinents hat dessen inneren Zusammenhalt stark geschwächt.

Gastkommentar von Oliver Jens Schmitt

Als nach der Grenzöffnung im Spätsommer 2015 die Zahl der Migranten und Flüchtlinge Deutschland und Österreich überforderte, wurde der Ruf nach «europäischer Solidarität» erhoben. Dafür, dass diese Forderung auf zum Teil entschiedene Ablehnung stiess, machten Berlin und Wien vor allem eine Ländergruppe verantwortlich, die sie als «Osteuropa» bezeichneten. Die Staaten vom Baltikum über Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Rumänien hatten sich dem Versuch einer einseitig oktroyierten Quotenpolitik für Flüchtlinge und Migranten verweigert.

Politische und mediale Verantwortungsträger in den beiden deutschsprachigen Staaten übten gegen diese Staaten massiven diplomatischen und auch mentalen Druck aus. Die Beschwörung eines vermeintlich geschlossenen, nationalistischen und fremdenfeindlichen Ostens rief nicht nur Geister des Kalten Krieges hervor, sondern konstruierte ein moralisches Gefälle in EU-Europa. Dieses wurde in den Raum eingeschrieben: West gegen Ost. Jene Staaten, die 2004 und 2007 in die EU aufgenommen worden waren, wurden zu Europäern zweiter Klasse degradiert, denen deutliche Lektionen zu «europäischen Werten» zu erteilen seien.

Offene Flanke

Was vor einem Jahr in ungewöhnlicher Erregtheit gefordert und behauptet wurde – Sanktionen, Ausschluss aus der EU und der europäischen Wertegemeinschaft –, zeitigt mittlerweile realpolitische Wirkung. Die Bilanz der primär deutschen Selbstüberhöhung ist bedrückend: Die deutsche Migrationspolitik hat im Westen des Kontinents den Brexit befördert und populistische Strömungen bestärkt. Im Osten aber, und dies ist mindestens ebenso bedenklich, wurde der ohnehin schon starken russischen Propaganda ohne Not eine Flanke geöffnet. Und diese Flanke weitet sich im Balkan nach Südosten, wo die Türkei ebenfalls seit längerem agiert wie Russland: als Systemkonkurrenz, die sich als auch moralisch überlegene Macht sieht, als Alternative zu dem als dekadent und verkommen betrachteten Westen des Kontinents, für den der polemische Begriff «Gayropa» verwendet wird.

Innert eines Jahres baute Russland seinen Einfluss in der EU und deren unmittelbarer Nachbarschaft bedeutend aus. Der Sieg prorussischer Kräfte bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen in Bulgarien und der Republik Moldau zeigt dies deutlich. Die europäische Peripherie ist geschwächt und teilweise schon ins Rutschen geraten.

Die symbolische Teilung des Kontinents in West und Ost ist in der überreizten Stimmung des Herbsts 2015 ohne zwingenden Grund heraufbeschworen worden. Sie erfolgte auch ohne Blick auf die geostrategischen Konsequenzen. Die Verräumlichung von Wertehaltungen – hier ein kosmo-

© NZZ AG

politischer Westen, da ein national verschlossener Osten – gab schon im Jahr 2015 die Wirklichkeit in Europa nur verzerrt wieder. 2016 ist sie obsolet. Deutschland selbst ist in der Frage von Migration und Flucht tief gespalten. In Frankreich zeichnet sich eine allgemeine Hinwendung zu nationalkonservativen Positionen ab. Ähnliches ist in den Niederlanden zu erwarten. Schweden und Österreich haben sich migrationspolitisch von Deutschland distanziert.

Quer laufende Bruchlinien

Kaum ein europäisches Land hat die Gemütslage Deutschlands im Herbst 2015 verstanden. Niemand ist bereit, die Folgen einer deutschen Politik zu tragen, die in Europa nicht abgestimmt worden ist. Im Osten der EU hingegen sind, wie etwa das polnische Beispiel zeigt, liberale Kräfte durchaus in der Lage, oppositionelle Wirkung gegen eine nationalkonservative Regierungspolitik zu entfalten. Weder der Westen noch der Osten Europas bilden daher kompakte politisch-kulturelle Blöcke. Die Bruchlinien der Debatte über das gesellschaftliche Selbstverständnis, über europäische Identität, Migration oder Geschlechterrollen, verlaufen vielmehr quer durch den Kontinent.

Osten ist aber auch aus einem anderen Grund keine sinnvolle Analyse-Kategorie. Denn heute bestehen zwei Gestalten des Ostens in Europa, ein innerer und ein äusserer. Der innere Osten umfasst jene Staaten vom Baltikum bis ans Schwarze Meer, die in den letzten zwölf Jahren in die EU aufgenommen worden sind. Diese Gesellschaften streben alle eindeutig nach Westen, auch wenn Präsidenten und Premiers in Tschechien oder Ungarn Sympathien für Russland bekunden.

Doch findet die Abstimmung nicht nur an den Urnen statt, sondern auch mit den Füssen. Millionen Polen, Rumänen, Bulgaren haben sich auf anderem Wege für den Westen entschieden: Sie sind in den letzten beiden Jahrzehnten ausgewandert und fehlen oft als aufgeklärtes, demokratisches Element in ihren Herkunftsstaaten. Die Staaten des inneren Ostens waren also Objekt des deutschen Ausgrenzungsdiskurses, obwohl gerade ihre Bürger durch Migration und zahlreiche wirtschaftliche und kulturelle Bande eng mit den westlichen und südlichen EU-Staaten verbunden sind.

Der äussere Osten hingegen bezeichnet Russland und seinen Machtbereich. Zwar ist Russland von Sanktionen betroffen, deren Fortführung die EU kürzlich beschlossen hat. Doch gerade jene Kreise, die den inneren Osten am liebsten aus Europa entfernen würden, zeigen Russland gegenüber oftmals Rücksicht. Und selbst russlandkritische Stimmen verwenden nicht jene tugendüberhöhte Sprache, wie sie gegenüber dem inneren Osten allzu oft zu hören ist. Innerer und äusserer Osten stehen historisch in einem schwierigen Verhältnis zueinander. Russische und sowjetische Dominanz im 19. und in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat tiefe Traumatisierungen verursacht.

Nach 1989 suchte und fand der innere Osten bei der Nato Schutz und bei der EU die Verwirklichung der europäischen Wiedervereinigung nach vier Jahrzehnten der Teilung in Westen und «Ostblock». Mittlerweile ist dieser Prozess aber bedroht: Russland greift weit in seinen früheren Einflussbereich aus. Der künftige Präsident der USA hat Sicherheitsgarantien für den inneren Osten relativiert. Mit François Fillon und Marine Le Pen besitzen zwei russlandfreundliche bzw. -loyale Politiker Aussichten auf das französische Präsidentenamt. Rechtspopulisten wie die FPÖ lehnen sich offen an Moskau an. Rückhalt kann der innere Osten vor allem an Deutschland finden.

Der deutsche und zeitweise auch österreichische Ausgrenzungsdiskurs von 2015 muss vor diesem Hintergrund umso verstörender wirken. Das Europäischsein des inneren Ostens wurde grundsätzlich infrage gestellt. Entscheidungsträger in Berlin und Wien verlangten vom inneren Osten kulturelle Einstellungen, die auch im Westen noch vor wenigen Jahrzehnten nicht bestanden hatten – man denke nur an die lang dauernde strafrechtliche Verfolgung gleichgeschlechtlicher Beziehungen. Indem eine zugespitzte Wertedebatte geführt wurde, unterstützten Berlin und auch Brüssel indirekt, unwillentlich, aber höchst wirksam die russische Offensive, die sich ebenso auf Waffen stützt wie auf einen gezielten Kulturkampf mit EU-Europa. Dass in EU-Europa selbst eine West-Ost-Teilung heraufbeschworen wurde, ist vor diesem Hintergrund fatal. Es wirkt, als ob hier ein mentaler Rückzug auf den alten Eisernen Vorhang erfolgen würde. Der innere Osten galt gesellschaftspolitisch plötzlich als hoffnungslos reaktionärer Fall.

Ein Herz für Europa

Die primär deutsche Migrations- und Wertepolitik führte die Gruppe der Visegrád-Staaten, einst Zweckbündnis Polens, Tschechiens, der Slowakei und Ungarns im Vorfeld des EU-Beitritts, wieder enger zusammen. Geeint werden sie von der Ablehnung deutscher Quoten-Oktrois, getrennt aber durch die Haltung zu Russland. Polen und die baltischen Staaten sehen sich von Russland bedroht und suchen militärischen Schutz im Westen. Besonders auf dem Gebiet des alten Österreich-Ungarn zeichnet sich etwas anderes ab. Die deutsche Politik bewirkte ungewollt eine Annäherung von ehemaligen Kronländern. Diese eint die Ablehnung der starken Zuwanderung von Muslimen, der Gesellschaftspolitik des linksliberalen Mainstreams und der derzeitigen Russlandpolitik der EU. Ungarn ist bis in den Balkan hinab regionalpolitisch aktiv. Der freiheitliche Präsidentschaftskandidat in Österreich wollte sein Land aussenpolitisch in den weiteren pannonischen Raum ausrichten. Weniger ein Visegrád-«Ostblock», sondern ein pannonischer Verbund und eine polnisch-baltische Interessengemeinschaft zeichnen sich ab, wenn auch vage und mit inneren Widersprüchen. Ihre Herausbildung gehört zu den Folgeerscheinungen der einseitigen Grenzöffnung vor einem Jahr.

Wie kann auf diese unheilvolle Schwächung EU-Europas reagiert werden? Die politische Sprache hat sich schon gemässigt. Eine Verräumlichung von Debatten ist zu vermeiden. Sie emotionalisiert ohne Not und ist sachlich falsch. Klarer zu erkennen ist, dass das unbesonnene Reden von West und Ost einen Keil in EU-Europa treibt und das EU-Vorfeld schwächt. In Rumänien, neben Polen Hauptpfeiler der Nato gegen den äusseren Osten, haben postkommunistische Oligarchen eben die Macht wieder übernommen. In den Kleinstaaten des Balkans kreuzen sich die Einflussversuche Moskaus und der Türkei, während Brüssels Arm schwächer wird. Die Kernstaaten der EU sollten

© NZZ AG

daran denken, dass nirgendwo mehr Demonstranten EU-Fahnen unter Lebensgefahr schwenkten als auf dem Kiewer Maidan. Am Rande der EU ist oftmals klarer als im alten Kerngebiet, was Europa ausmacht: demokratische Rechtsstaatlichkeit, starke Institutionen und klare Sicherheitsgarantien.

Oliver Jens Schmitt, in Basel geboren, ist Professor für osteuropäische Geschichte an der Universität Wien. Zuletzt ist 2016 bei Zsolnay erschienen: «Capitan Codreanu. Aufstieg und Fall des rumänischen Faschistenführers».